

Niederschrift 1

Über die öffentliche Ortsbeiratssitzung am 23.01.2024 um 18.30 Uhr in der Aula der Grundschule Rübenach, Am Mühlenteich 15.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen
2. Vorstellung „Machbarkeitsstudie Bahnlinie Lützel-Bassenheim“
3. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion: Prüfung einer Anbringung weiterer Verkehrsspiegel in Rübenach
4. Termine
5. Verschiedenes

Im Anschluss: Einwohnerfragen

Anwesend unter dem Vorsitz von Thomas Roos sind die Mitglieder:

| CDU-Fraktion | SPD-Fraktion | Bündnis90/Grüne |
|---------------------|---------------------|------------------------|
| Martin Monjour | Robert Doff-Sotta | Reinhard Alsbach |
| Stefan Israel | Wolfgang Pelz | |
| Egon Back | | |

Anwesende ortsansässige Stadtratsmitglieder: Marion Lipinski-Naumann, Fritz Naumann, Andreas Biebricher.

Entschuldigt sind: Monika Sauer, Niko Djoni, Christian Franké.

Der OV eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

Der OBR ist beschlussfähig.

Es wird festgestellt, dass frist- und formgerecht am 16.01.2024 per E-Mail eingeladen wurde.

Die Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung erfolgte am 22.01.2024.

Die Niederschrift der letzten Sitzung ist Ihnen am 30.11.2023 per Mail zugegangen.

Es gibt keine Einwände gegen die Niederschrift. Anmerkungen von Egon Back (CDU) wurden bereits berücksichtigt.

Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

Es gibt keine Anträge zur Tagesordnung.

1. Mitteilungen

- Reaktionen von Seiten der Stadt-/Ortsverwaltung zu den Ereignissen in der Silvesternacht

Bereits am Neujahrstag gab es Kontakt mit Herrn Kress von der aufsuchenden Jugendarbeit, nachmittags schon vor Ort, danach nahezu täglich. Es gab regelmäßig Kontakt mit der Familie (unter anderem ein Besuch des OV mit der Bürgermeisterin).

- Postfiliale

In der letzten Dezemberwoche teilte die Deutsche Post AG in einem Schreiben mit, dass die hiesige Filiale Ende Januar schließt. Der OV steht in Kontakt mit der Post und ist froh, dass der Standort in Rübenach erhalten bleiben soll. Zu einem Interessenten wurde bereits Kontakt hergestellt.

- Gemeindearbeiter

Erfreulicherweise wurde für Rübenach die Stelle eines Gemeindearbeiters bewilligt.

- Jugendtreff (Containerlösung)

Anfang Dezember erfolgte kurzfristig die Aufstellung. Derzeit läuft das Genehmigungsverfahren, gleichzeitig besteht von hiesiger Seite aus der Wunsch nach einer besseren Kommunikation.

- Baumbepflanzung Friedhof

Folgende Bäume wurden neu angepflanzt: Himalaya-Birke, Bergkirsche und Eiche „Heritage“. Es handelt sich um klimaresistentere Sorten.

- Spielplatz „In der Grünwies“

Die Gestaltung der Spielfläche im Bereich Neubaugebiet erfolgt unter dem Beteiligungsverfahren durch das Kinder- und Jugendbüro.

- Instandsetzung Bachbett Anderbach (hinter Schützenhalle)

Der Rückschnitt des Riesenbärenklau wurde im Bereich des überschwemmten Bachbettes veranlasst.

- Feldwege im Bereich Rübenach (Leitungsbau)

Hierzu liegt eine ausführliche Nachricht des RheinHunsrück Wasser Zweckverbandes vor. Witterungsbedingt kam es zu Verzögerungen. Ziel ist es, die Wirtschaftswege im Frühjahr 2024 wiederherzurichten.

- Situation ehemaliger Kartoffelhandel

Der Zustand rund um die Aachener Straße/Ecke Kruppstraße ist katastrophal – Vermüllung in vielerlei Hinsicht. Ca. 80% der Bürgerbeschwerden die an die Ortsverwaltung herangetragen werden, befassen sich mit der Situation von Immobilien des gleichen Eigentümers. Der OV stand in wiederholtem Kontakt mit: Ordnungsamt, Umweltamt, Gewerbeaufsicht, Bauaufsicht, Kommunaler Servicebetrieb, Eigenbetrieb Stadtentwässerung und dem Büro der Bürgermeisterin.

2. Vorstellung „Machbarkeitsstudie Bahnlinie Lützel-Bassenheim“

(Die Studie ist abrufbar unter dem Bürgerinformationssystem der Stadt Koblenz bei der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Mobilität am 12.12.23 unter 2.2.6 sowie in Teilen einsehbar in der Ortsverwaltung)

Gutachter Stephan Kroll von TrafficSolutions (Heidelberg) präsentiert die Studie.

Es werden grundsätzlich drei Zukunftsszenarien untersucht:

- Reaktivierung

Güterverkehr, SPNV (Schienenpersonennahverkehr), Stadtbahn

- Widmungserhalt

Rechtliche Sicherung der Trasse und der Infrastruktur

- Entwidmung

Radweg, Busstrasse (ggf. autonomes Fahren)

Es ist grundsätzlich ein Potential vorhanden, den Güterverkehr zu reaktivieren und somit die Straße zu entlasten. Beim Personenverkehr ergibt das bundesweit vorgegebene Verfahren, dass für den Abschnitt nur bis Rübenach keine Wirtschaftlichkeit gegeben ist. Eine Wiederinbetriebnahme bis Bahnhof Bassenheim dagegen sei in Kombination mit Güterverkehr wirtschaftlich (zwar mit niedrigem, doch eindeutig positiven Nutzen-Kosten-Indikator). Weil der Bahnhof Bassenheim in Randlage liegt, sei es sinnvoll, perspektivisch Stadtbahnzüge einzusetzen, die über die Landesstraße wie eine Straßenbahn in die Ortsmitte fahren könnten. Das böte auch die Möglichkeit, mit einer Neubaustrecke in Koblenz die Uni und das Verwaltungszentrum anzuschließen (viele Fahrgäste zu erwarten, konnte aber im Rahmen des Auftrags nicht vertieft berechnet werden). Voraussetzung sei, dass Bassenheim und der Landkreis Entsprechendes weiterverfolgen wollen und die Buslinien teilweise anpassen bei der Neuaufstellung des Nahverkehrsplans, wodurch der Landkreis viel Geld sparen könnte (Regionalzugverkehr wird mit Bundes- bzw. Landesmitteln finanziert).

Sehr wichtig sei auch eine Optimierung der Radverkehrsanbindung zwischen Koblenz und Maifeldradweg. Dies müsse aber nicht auf der Bahntrasse erfolgen, weil i.d.R. bahnparallele Wege mit Eignung zum Fahrradfahren genutzt werden könnten. Abschnittsweise sind auch Lückenschlüsse und Verbesserungsmaßnahmen erforderlich.

Die Nutzungsoption „Bustrasse“ wird von den Gutachtern verworfen. Züge sind beliebter als Busse, so dass SPNV auch bei der z.T. gegebenen Randlage der Strecke funktioniert und mehr Fahrgäste als eine Buslinie erzielen würde.

Als Fazit wird empfohlen, auf alle Fälle zumindest die Widmung als Eisenbahn aufrechtzuerhalten und rasch die Bedingungen zum Radverkehr auf parallelen Wegen zu verbessern.

Thomas Roos verweist darauf, dass bei Entscheidungen der Landkreis Mayen-Koblenz nicht außer Acht gelassen werden dürfe.

Herr Hastenteufel bestätigt, dass die Angelegenheit dort sehr distanziert gesehen werde.

Martin Monjour (CDU) erklärt, dass er bei der ersten Abstimmung 2018 der Sache noch sehr gespalten gegenübergestanden hätte. Er freue sich sehr über das Ergebnis des Gutachtens, auch im Hinblick auf den Personennahverkehrs. Wer den Straßenverkehr reduzieren und das Klima schonen will, müsse auch die Schiene nutzen. Wie gelungener Pendlerverkehr aussehe, könne in Straßburg

erlebt werden. Der Verkehr werde vor der Stadt abgefangen und auf die Schiene verlagert. Das bisherige sogenannte „Park & Ride“ in Koblenz sei gescheitert. Es war schon sehr weit innerhalb der Stadtgrenze und bot geringe Kapazitäten.

Andreas Biebricher (CDU) benennt die kritischen Punkte: Zum einen die Partner im Landkreis und zum anderen fehlendes Interesse der Unternehmen im GVZ für entsprechende Gleisanschlüsse. Es bliebe nur, in die Zukunft zu hoffen und auf die zügige Errichtung eines Radweges zu setzen. Er spricht sich außerdem für den Widmungserhalt aus.

Stefan Israel (CDU) fragt nach Erfahrungen mit Ortschaften, deren Bahnhöfe außerhalb liegen.

Marion Lipinski-Naumann (SPD) ist begeistert von der Studie. Anstelle der Endwidmung sollte sich lieber für den Widmungserhalt entschieden werden. Somit bliebe die Möglichkeit von Entwicklung erhalten.

Fritz Naumann (SPD) beschreibt die Haushaltslage der Stadt Koblenz als sehr schwierig. Es bleibe die Frage, ob es tatsächlich eine 85%ige Förderung gebe?

Herr Kroll bestätigt, dass der sogenannte Park & Ride Platz nur davon leben kann, wenn er wirklich außerhalb liegt und eine gute Anbindungsqualität hat.

Betreffend außerhalb liegender Bahnhöfe, habe eine Studie festgestellt, dass Fahrgäste lieber einen längeren Weg zur S-Bahn gingen als zum Bus.

Der Begriff „GVZ“, so Herr Kroll, sei eigentlich falsch, da keinerlei Gleisanschlüsse dort bereitlägen. Es gelte hier mehrere Verkehrswege zu verbinden. Die Verlagerung dorthin erfolge sicher nicht sofort. Allerdings gehe der Trend immer mehr in diese Richtung. Was die Fördermittel angehe, so Herr Kroll, diese lägen bereit. Sie müssten nur abgerufen werden und 85% dürften wohl gesetzt sein.

Egon Back (CDU) möchte wissen, warum die Strecke 1983 stillgelegt wurde.

Es entsprach dem Zeitgeist, so Herr Kroll. Die Bahn habe sich bundesweit zurückgezogen. Seit ca. 10 bis 15 Jahren stelle sich ein Wandel ein.

Herr Schwab (Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung) sieht in der früheren Fahrplanphilosophie einen Grund des Rückganges. Es gab keinerlei Bewusstsein, dass mit einer besseren Taktung mehr Fahrgäste erreicht werden könnten.

Reinhard Alsbach (Bündnis90/Grüne) verweist auf die Tatsache, dass sich im alten Schienenbereich Grünzonen gebildet hätten.

Herr Kroll erklärt, dass der Artenschutz natürlich betrachtet würde. Jedwede Nutzung treffe auf Flora und Fauna. Hier sei die Schiene sicherlich verträglicher als eine versiegelte Fläche.

Herr Hastenteufel erklärt, dass für den Radweg zwischen Ochtendung und Bassenheim im Vorfeld ein Betrag von 300.000 € für den Artenschutz eingesetzt wurde. Der Austausch mit der Naturschutzbehörde sei sehr eng.

Der OV unterbricht die Sitzung für Einwohnerfragen:

Es wird gefragt, ob der Zeitraum einer Endwidmung eingegrenzt werden kann.

Herr Hastenteufel erklärt, dass ein förmliches Verfahren eingeleitet werden müsse. Es können dabei Einsprüche von Gemeinden, Landkreisen oder sonstiger Nutzer erfolgen. Die Entwidmung der Strecke Bassenheim – Ochtendung habe sechs bis sieben Jahre gedauert.

Herr Kroll erklärt, dass Bund und Land ein Moratorium für Entwidmungsverfahren eingerichtet hätten. Es fände ein Umdenken in Richtung „Erhalt“ statt.

Es wird gefragt, warum die Strecke nach einer Entwidmung nicht wiederhergerichtet werden könne.

In dem Fall, so Herr Schwab, müssten die aktuellen Immissions- und Naturschutzwerte beachtet werden. Ebenso die Einsprüche von Firmen oder Privatpersonen.

Es dürften keine neuen Bahnübergänge gebaut werden, sondern nur noch Brückenübergänge. Da entstünde ein enormer Kostenfaktor.

Herr Kroll ergänzt, dass das für Eisenbahnen gelte; bei Stadtbahnen seien neue Kreuzungen mit Straßen grundsätzlich zulässig.

Die jetzige Situation der vorhandenen Widmung- unabhängig von der erfolgten Stilllegung-, so Herr Hastenteufel, bedeute erst einmal einen Bestandschutz.

Es wird gefragt, ob die Strecke dann nicht illegal wäre, weil strengere Regelungen nicht zum Zuge kämen.

Herr Hastenteufel erklärt, dass sich Schutzniveaus permanent änderten. Ansonsten hätte jeder frühere Häuslebauer heute ein illegales Gebäude.

Ein Fragesteller findet den Gedanken einer Stadtbahn sehr sympathisch. Er schlägt außerdem vor, anstelle von neuen, die reichhaltigen umliegenden Feldwege zu Fahrradwegen auszubauen.

Den Ausbau eines Radwegenetzes, so Herr Kroll, sollte schnellstmöglich geschehen. Die Restplanung brauche noch sehr viel Zeit.

Es erfolgt der Hinweis, dass für die Anlieger ein sicheres Fahrradnetz wichtig sei. Außerdem gebe es kein Bahnhofsgebäude mehr und fehlten die entsprechenden Parkmöglichkeiten.

Herr Hastenteufel erklärt, dass Bahnhofsgebäude in der damaligen Art heute nicht mehr benötigt würden. Haltepunkte mit Unterstellmöglichkeiten seien hier ausreichend.

Es wird in Sachen Immissionen bei Güterverkehr nachgefragt.

Herr Kroll erklärt, dass hier nur ganz wenige Güterzüge verkehren würden, und dies mit langsamer Geschwindigkeit und somit viel leiser als das, was man vom Mittelrhein kennt. Er führt aus, dass elektrische Personenzüge sehr leise sind und das System grundsätzlich auf den Güterverkehr übertragbar sei. Die Zukunft werde daneben auch in Richtung von wasserstoffbetriebenen Zügen gehen.

Es wird gefragt, ob für die Nachtstunden Güterverkehr geplant ist.

Das wird von Herrn Kroll klar verneint.

Der OV kehrt zur Sitzungsordnung zurück und bedankt sich bei allen Beteiligten.

3. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion: Prüfung einer Anbringung weiterer Verkehrsspiegel in Rübenach

Beschlusstext:

Der Ortsbeirat beauftragt die Stadtverwaltung die Voraussetzungen und Möglichkeiten der Anbringung von Verkehrsspiegeln im Kreuzungsbereich Aachener Straße/Maximinstraße sowie Lambertstraße/Grabenstraße zu prüfen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

4. Termine

| | |
|-------------------------|-----------------------------------|
| 30.01.2024 um 15.00 Uhr | Einweihung „Rudi Scheuermann Weg“ |
| 10.02.2024 um 14.11 Uhr | Karnevalsumzug |
| 20.02.2024 um 15.00 Uhr | Besuch Tierheim |
| 05.03.2024 um 19.30 Uhr | ggf. Ortsbeiratssitzung |
| 16.03.2024 | Dreck-weg-Tag |

5. Verschiedenes

- Für die Organisation „1250 Jahre Rübenach“ wurde ein Verein gegründet
- Wiedereröffnung der Sparkasse

Martin Monjour (CDU) fragt, ob der Container für die Jugendlichen wie von der Schulleitung gewünscht, um einige Meter verschoben werden könne. Der jetzige Standort sei nicht praktikabel.

Es wird bei der Verwaltung nachgefragt.

In der letzten Sitzung habe es mehrere Fragestellungen gegeben. Lägen bereits Antworten vor?

Eine E-Mail, betreffend der Lärmschutzwand wird dem OBR zugeschickt. Andere Antworten stehen noch aus und werden erneut erfragt.

Ende der Sitzung 20.34 Uhr.

Es erfolgen keine Einwohnerfragen.

Thomas Roos, Ortsvorsteher

Anne Reif, Protokoll